

# Zeitenwende

## Putins Krieg und die Zukunft der liberalen Weltordnung

Von Ulrich Menzel

Im Jahre 1985 veröffentlichte Jürgen Habermas die Aufsatzsammlung „Die neue Unübersichtlichkeit“. Der Begriff bezog sich damals auf die „Krise des Wohlfahrtsstaats und die Erschöpfung utopischer Energien“. Im Jahre 2022 eignet sich der Begriff zur Charakterisierung der unübersichtlichen Weltlage. Die Weltordnung, wie sie sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts offenbarte, ist durch eine Kaskade von immer neuen Einzelkrisen, von denen Putins Krieg gegen die Ukraine mit seinen Folgen nur die bislang letzte war, insgesamt in die Krise geraten. Mit letzterer werden auch die utopischen Vorstellungen in Frage gestellt, die mit den Paradigmen der Lehre von den Internationalen Beziehungen (IB) wie der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) formuliert worden sind, wie und warum die Welt nicht mehr von großen Kriegen heimgesucht wird und die Konflikte dieser Welt regelbasiert und normengeleitet gelöst oder zumindest eingehegt werden können. Insofern stehen wir sogar vor einer doppelten Zeitenwende – bezüglich des Zustands der Welt wie sie ist und bezüglich der Vorstellungen, wie sie sein soll.

Im letzten Jahr sind im deutschsprachigen Raum mehrere Bücher erschienen, die mit ihren Titeln „Welt im Alarmzustand“ (Rudolf 2022), „Weltunordnung“ (Masala 2022) und die „Die neue Weltunordnung“ (Neumann 2022) Aufklärung versprechen. Bei näherem Hinsehen handelt es sich allerdings um sog. Schnellschüsse, überarbeitete Neuauflagen bzw. montierte Aufsätze, die den Erkenntnisstand des Jahres 2015 wiedergeben und unter dem Eindruck von Putins Krieg aktualisiert wurden, aber Grundpositionen wiederholen, die die Autoren schon immer vertreten haben. Im englischsprachigen Raum sei exemplarisch auf das Schwerpunktheft von „Foreign Affairs“ (Nr. 5, 2022) und darin den Beitrag von Richard Haas, Präsident des Council on Foreign Relations „The Dangerous Decade: A Foreign Policy for a World in Crisis“ (Haas 2022) verwiesen. Der nachfolgende Beitrag soll Orientierung geben in einer unübersichtlichen Welt, will und kann aber nicht prognostizieren, wann und wie eine neue Ordnung der Welt nach der Zeitenwende aussehen wird.

## **Die alte Weltordnung**

Die Weltordnung, wie sie sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts darstellte und am 11.9.1990 durch den älteren Bush als „New World Order“ apostrophiert wurde (Menzel 2004), ist im Wesentlichen durch zwei Komplexe in Frage gestellt worden. Der erste wurde makabererweise ausgelöst durch 9/11, den Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001, exakt elf Jahre nach der Bush-Rede. War on Terror lautete die Antwort auf die Herausforderung der USA, in ihrer epochalen Bedeutung mit der Herausforderung durch die Sowjetunion zwischen Sputnik-Schock 1957 und den 13 Tagen der Kuba-Krise 1962 vergleichbar. Die Friedensdividende wurde gestrichen und die Militärausgaben der USA wieder auf das Niveau zu Zeiten des Ost-West-Konflikts hochgefahren. Man wollte aber nicht nur wie seinerzeit die Eindämmung der sowjetischen Expansion (containment), sondern die Eliminierung der terroristischen Herausforderer und deren vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützer durch einen Regime-Change mit militärischen Mitteln. Dies war das eigentliche Ziel der Kriege in Afghanistan und Irak, aber auch der britisch-französischen Intervention in Libyen. Es ist nicht nur krachend verfehlt worden, sondern hat im Gegenteil zu weltweitem Widerstand geführt in der arabisch-islamischen Welt – man denke nur an die Taliban, den Islamischen Staat und viele andere Terrorgruppen. Der Terrorismus hat sich globalisiert.

Der zweite und wichtigere Komplex resultiert aus dem wirtschaftlichen Aufstieg von China. Je nach Berechnungsweise wird es 2030/35 wirtschaftlich mit den USA gleichgezogen haben. Für das Jahr 2049, dem 100. Jahrestag der Gründung der VR China, hat Xi Jinping angekündigt, daß China auch politisch die Führung in der Welt übernommen haben wird. Derzeit ist es militärisch noch weit davon entfernt, auch wenn es über den zweitgrößten Militärhaushalt der Welt verfügt. Das Rückgrat einer globalen Militärmacht – Stützpunkte im Ausland, Flugzeugträgerflotten und strategische U-Boote – ist noch sehr schmal. Offiziell bekannt ist nur eine Marinebasis in Djibouti am Eingang des Roten Meeres. In Betrieb sind zwei Flugzeugträger sowjetischer Bauart, ein dritter wesentlich modernerer wird erst in zwei Jahren einsatzbereit sein. Weitere sind in der Planung. Strategische nukleargetriebene U-Boote, auf denen Interkontinentalraketen stationiert sind, besitzt China gar nicht, sondern nur vier kleinere, deren Einsatzgebiet nicht die Welt, sondern das Südchinesische Meer ist. Selbst wenn China bei den laufenden Militärausgaben vielleicht in 10-20 Jahren mit

den USA gleichgezogen hat, dauert es viele weitere Jahre, um tatsächlich ebenbürtig zu werden, weil die amerikanische Überlegenheit das kumulierte Resultat eines langen militärischen Aufbaus ist, dessen Beginn bis zum 2. Weltkrieg zurückreicht.

Wir befinden uns also, das macht die Lage so komplex, in der Phase des hegemonialen Übergangs. Die USA vollziehen einen relativen Niedergang, China einen relativen Aufstieg. Wie lange diese Phase dauern wird und wie sie ausgeht, ist ungewiss. Entweder schaffen es die USA, sich mit europäischer Unterstützung zu behaupten und einen dritten Hegemoniezyklus zu beginnen, oder China wird, gestützt auf andere autoritär regierte Länder wie Russland und Iran, der künftige Hegemon. Insofern geht es um viel mehr, nämlich um die Alternative einer liberalen oder einer autoritären Weltordnung. China demonstriert, daß Industrialisierung, hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit, wachsender Wohlstand und die Herausbildung einer Mittelschicht, die es zuvor in China nie gegeben hat, mit den Instrumenten des bürokratischen Entwicklungsstaates, in gewisser Weise die elaborierte Form der Asiatischen Produktionsweise, unter autoritären Vorzeichen möglich sind. Dies widerlegt die Annahme der Modernisierungstheorie, daß Modernisierung nur unter liberalen, d.h. kapitalistischen, Rahmenbedingungen möglich ist und zwangsläufig zu Demokratisierung führt. Deshalb ist China so attraktiv für andere autoritär regierte und rentenbasierte Länder in vielen Teilen der Welt. Anders als der Westen mischt es sich nicht in deren innere Angelegenheiten ein, wie krass auch immer die politische Unterdrückung und die Verletzung der Menschenrechte sein mögen. Konsequenz des hegemonialen Übergangs ist, daß die Anarchie der Staatenwelt zurückkehrt, weil der alte Hegemon nicht mehr bereit bzw. in der Lage ist, die internationalen öffentlich Güter zum Nulltarif bereits zu stellen, die die Ordnung gewährleisten, und der mögliche neue Hegemon noch weit davon entfernt und auch nicht bereit ist, die amerikanische Rolle zu übernehmen.

### **Die Krisenkaskade als Folge der Globalisierung**

Wir erleben aber nicht nur eine Krise der internationalen Ordnung, sondern auch eine Krise der Globalisierung, weil in vielen ihrer Dimensionen Kippunkte erreicht wurden (Menzel 2022). Die Nachfrage nach internationaler Ordnung durch Führung ist dramatisch gewachsen und gleichzeitig das Angebot von Führung zurückgegangen.

Die erste Krise war die Folge der neuen internationalen Arbeitsteilung seit den 1970er Jahren, die nicht mehr auf Rohstoffe versus Fertigwaren beruhte. Die Industrialisierung in Ost-, Südost- und Südasien hat zur Deindustrialisierung der alten Industrieregionen des Westens geführt, euphemistisch als globaler Strukturwandel bezeichnet. Seit dem WTO-Beitritt Chinas im Jahre 2001 hat er sich beschleunigt, weil ein ganz großer Akteur nahezu freien Zugang zu den westlichen Märkten bekommen hat. Es hat sich erwiesen, daß es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer der Globalisierung gibt – eine wesentliche Erklärung für den wachsenden Populismus in den alten Industrieländern, der in den USA das Phänomen Trump und in England den Brexit möglich machte. Nicht nur die WTO, auch die EU hat zumindest in Europa als Schwungrad der Globalisierung gewirkt.

Die zweite Krise wurde ausgelöst durch 9/11 und den War on Terror 2001ff. Der versuchte Regime-Change mit militärischen Mitteln hat zum Widerstand gegen die beabsichtigte Verwestlichung in der nichtwestlichen Welt geführt, dem Terrorismus wie dem Kampf gegen den Terrorismus eine globale Dimension verliehen. Aus etlichen schwachen wurden gescheiterte Staaten, deren Zerfallsprozeß grenzüberschreitenden Charakter hatte und die Nachbarstaaten destabilisierte.

Die dritte Krise war Folge der Lehman-Pleite 2008 und der sich anschließenden globalen Finanzkrise, die etliche Staaten, auch in Europa, an den Rand des Staatsbankrotts geführt hat. Die Null-Zins-Politik der EZB, um die nahezu bankrotten Staaten zu retten, weil sie die aus der Verschuldung resultierende Zinslast nicht mehr tragen konnten, hatte zur Folge, daß das renditesuchende Kapital in den Immobiliensektor gewandert ist mit der Folge explodierende Immobilienpreise und Mieten. Letztere treffen die Globalisierungsverlierer am unteren Ende der Einkommensskala besonders.

Der Arabische Frühling 2010ff hat nicht zum Sturz autoritärer Regierungen, freien Wahlen und Aufbruch in eine liberale Gesellschaft geführt, sondern zu Bürgerkrieg und weiterem Staatszerfall. Seit 2015 war eine Folge der Höhepunkt einer neuen Völkerwanderung, die durch vielfältige Motive, nicht nur Krieg und Bürgerkrieg, sondern auch durch Klimawandel und Perspektivlosigkeit, gespeist wird. Menschen, die einer unwirtlichen Situation ausgesetzt sind, haben grundsätzlich drei Möglichkeiten: Stummes Erdulden, Aufbegehren wie im Arabischen Frühling oder Flucht in eine vermeintlich bessere Welt, in der sie sich neue Lebenschancen versprechen. Angesichts

der quantitativen Dimension waren die Kräfte und der gute Wille auch in den aufnahmebereiten Ländern rasch erschöpft. Konsequenzen waren die Abschottung und ein wachsender Populismus, der auch stabile Demokratien erschüttert, gar als Krise der Demokratie gewertet werden kann.

Die Fridays for Future-Bewegung (FfF) 2018ff, 2022 fortgesetzt durch die „letzte Generation“, hat das lange schwärende Thema Klimawandel – auch eine Folge der Globalisierung – ins Bewußtsein einer globalen Öffentlichkeit gebracht. Eigentlich hätte es bereits 1972 mit dem ersten Bericht des Club of Rome hätte geweckt werden müssen, der aber nahezu folgenlos geblieben war. Die Umweltkrise ist die bedrohlichste von allen Krisen und am allerschwersten zu bearbeiten, weil es hier um den Schutz der globalen Allmende geht. Nationale Alleingänge schließen sich aus, kooperatives Vorgehen scheitert an den nationalen Sonderinteressen, wie die vielen folgenlosen Umweltkonferenzen beweisen.

Damit noch nicht genug. Die Corona-Krise der Jahre 2020ff hat deutlich gemacht, daß auch Epidemien ein globales Phänomen sind und anders als die Pest im 14. Jhd. nicht Jahre, sondern nur noch Tage benötigen, um sich weltweit auszubreiten. Die Maßnahmen zur Eindämmung wie die Lockdowns, besonders radikal in China verfolgt, haben offenbart, welche Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten die internationale Arbeitsteilung mit ihren Lieferketten produziert hat, wenn selbst pharmazeutische Grundstoffe oder so banale Produkte wie Schutzmasken nicht verfügbar sind.

Alle zusammen mit ihren vielen gegenseitigen Wechselwirkungen haben die große Erzählung vom Segen der Globalisierung in Frage gestellt, weil die vielen Schattenseiten und Widersprüche sich offenbarten. Auch hat die skizzierte Krisenkaskade klar gemacht, daß die USA überfordert sind, ihre alte ordnungspolitische Rolle weiter zu spielen. Aufgrund der konträren Interessenlage ist eine amerikanisch-chinesische Kooperation nicht erkennbar und auch nicht vorstellbar.

## **Putins Krieg**

Der vorläufige Kulminationspunkt war erreicht mit Putins „militärischer Spezialoperation“ im Frühjahr 2022, in Wirklichkeit eine blanke Aggression, die in fundamentalem Widerspruch zur Charta der UNO steht, die den Angriffskrieg ausdrücklich verbietet. Putins Motive erschließen sich aus einem Text, der am 12.7.2021 in russischer,

ukrainischer und englischer Sprache unter seinem Namen mit dem Titel „On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“ (Putin 2021) auf der Internetseite der russischen Regierung veröffentlicht wurde. Darin legitimierte er den Krieg gegen die Ukraine ein Jahr später mit historischen Argumenten. Er würde geführt zur Wiederherstellung eines „Großrußlands“, gebildet aus Rußland, Weißrußland, der Ukraine und dem Norden von Kasachstan, ggf. erweitert um die Siedlungsgebiete russischer Minderheiten in weiteren Ländern. Es geht also nicht um die Wiederherstellung der Sowjetunion. Im Gegenteil, der Vorwurf lautet sogar, die Bolschewiki haben mit der Gründung einer ukrainischen und weißrussischen Sowjetrepublik die Einheit Rußlands zerstört. Beide waren neben der Sowjetunion mit Sitz und Stimme seit 1944 in der UNO vertreten. Es geht Putin um die Wiederherstellung des Zarenreichs.

Daß er sich verrannt hat, gibt seine Armee doch in Hinblick auf Ausrüstung, militärische Führung und Einsatzbereitschaft der Soldaten ein klägliches Bild ab, liegt vermutlich daran, daß seine Untergebenen ihn im Unklaren über die tatsächliche militärische Stärke gelassen haben. Einer Intervention des Westens suchte er mit einer unverhüllten atomaren Drohung zu begegnen, mit der er anfangs, gerade auch in Deutschland, durchaus Eindruck gemacht hat, was erklärt, warum die westliche Unterstützung zuerst nur zögerlich und scheinbar vorangekommen ist. Auf jeden Fall soll eine aktive Teilnahme der NATO vermieden werden, die bereits vorliegt, wenn deren Luftwaffe eine Flugverbotszone über der Ukraine durchsetzen würde. Die Diskussion wurde hierzulande markiert durch Habermas' Artikel „Krieg und Empörung“ (Habermas 2022), der u.a. durch Paul Masons „Wenn wir keine Untoten werden wollen“ (Mason 2022), gekontert wurde. Im Kern geht es um das Argument, das konventionelle Kriege gegen eine Atommacht nicht gewonnen werden können und die Warnung, aufgrund eines moralischen Impulses in einen Atomkrieg hineingezogen zu werden, versus, daß eine Appeasement-Politik harte Diktatoren vom Schlege eines Hitler oder Putin nicht zum Einlenken bringt, sondern als Schwäche ausgelegt wird und daß es hier um einen neuen Systemkonflikt der totalitären gegen die freie Welt geht.

Die Spirale gegenseitiger Boykotte hat demonstriert, daß außenhandels- und insbesondere rohstoffabhängige Länder wie Deutschland besonders verletzlich sind. Auch eine Folge der Globalisierung. Die USA mit ihrem großen Binnenmarkt und einer nahezu kompletten Ausstattung mit natürlichen Ressourcen tun sich leichter, andere mit Sanktionen zu belegen. In Ländern wie Deutschland sind Boykotte ein

zweischneidiges Schwert, da sie beide Seiten treffen. Energie- und Inflationskrise waren die Folgen und die Folge der Folgen war, daß die Populisten, denen nach Abschwächung der Flüchtlingskrise das Mobilisierungsthema ausgegangen war, ein neues gefunden haben. Wieder werden die westlichen Regierungen von außen und innen in die Zange genommen.

Seit Putins Drohung steht die fast schon vergessene nukleare Abschreckung wieder auf der Tagesordnung. Alle Rüstungskontrollvereinbarungen, die zur Einhegung des Ost-West-Konflikts beigetragen haben, sind faktisch tot, die OSZE in ihrer Funktion nicht mehr erkennbar, Rüstungskontrollabkommen mit China gar nicht in Sicht. Das alles, obwohl seit Beginn der zweiten Präsidentschaft Putins 2012 absehbar war, daß er eine Revision der politischen Marginalisierung Rußlands in der Welt und der Herabstufung auf eine bloße Rohstoffexportökonomie betreiben wollte. Die fünf Runden der NATO-Osterweiterung 1999 – 2020 und der seit 2019 in der Verfassung festgeschriebene Beitritt der Ukraine waren für ihn nicht akzeptabel, die Interventionen im Kaukasus und in Syrien, die Annexion der Krim waren die Antworten und erste Schritte der Revision. Der Westen hat es, wie seinerzeit im Falle Hitlers, geschehen lassen.

Mit der Ukraine hat Putin eine rote Linie überschritten. Eine Realisierung seines historischen Traktats will der Westen verhindern, geht es doch mittlerweile dort um einen Stellvertreterkrieg im neuen Systemkonflikt zwischen dem autoritären Osten und dem liberalen Westen. Die beiden Ukraine-Abstimmungen in der UNO-Vollversammlung haben deutlich gemacht, wer alles potentiell zum autoritären Lager gehört – nämlich die rund 45 Länder, die sich der Stimme enthalten oder der Abstimmung ferngeblieben sind. Deren Abstimmung war faktisch eine Unterstützung Rußlands, Unter ihnen stehen der Iran mit seinen Drohnenlieferungen oder China mit seinem Einfluß auf die Anrainer der Neuen Seidenstraße, die alle zu den 45 Ländern zählen, besonders hervor. Im innermuslimischen Konflikt unterstützt Rußland die schiitische und die USA die sunnitische Seite.

### **Was heißt das für die Paradigmen der IB und IPÖ?**

Die durch Putins Krieg ausgelöste Krise der internationalen Beziehungen stellt auch viele Gewissheiten der Lehre von den IB in Frage, gleichviel, ob man die Anarchie oder die Hierarchie der Staatenwelt als das grundlegende Merkmal des

internationalen Systems ansieht. Viele, um nicht zu sagen alle, IB-Paradigmen erscheinen derzeit als Utopien.

Der Idealismus geht zurück auf Kants Schrift „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ von 1795. Darauf basiert die Theorie des demokratischen Friedens, die kurzgefaßt besagt, daß Demokratien zumindest untereinander keine Kriege führen, weil ihnen ein normatives Grundverständnis gemeinsam ist, das den Krieg als Mittel zur Durchsetzung unterschiedlicher Interessen ausschließt. Je mehr Demokratien es auf der Welt gibt, desto friedlicher wird sie. Demokratiesierungspolitik ist Friedenspolitik. Das gilt in letzter Konsequenz sogar für einen militärisch herbeigeführten Regimechange, wie das Ergebnis des 2. Weltkriegs im Hinblick auf Italien, Deutschland und Japan gezeigt hat. Die Zunahme der Demokratien auf der Welt ist aber kein kontinuierlicher Prozeß, sondern erfolgt in Wellen, die von Rückschlägen abgelöst werden. Nach der Wende der Jahre 1989/90 und der Redemokratiesierung in Osteuropa schien sich diese Theorie zu bestätigen. Sowohl die UNO mit ihrer Mandatierung, legitimiert mit der Responsibility to Protect (R2P) zur auch militärischen Intervention in zerfallenen Staaten, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, ihre Bürger zu schützen, wie die einseitige Regime-Change-Politik der USA stehen in dieser Tradition. Auch die erfolglose politische Konditionierung im Sinne des Good Governance bei der Gewährung von Entwicklungshilfe gehört zu diesem Denken. Stattdessen erleben wir im 21. Jahrhundert eine neue Welle der Entdemokratisierung, weshalb im Sinne der Theorie des demokratischen Friedens die Welt wieder unfriedlicher werden muß. Die idealistische Idee schlechthin ist zwar durch Putins Krieg nicht widerlegt, doch scheint das Potential für weitere Demokratien vorerst ausgereizt, weil China mit seiner autoritären Moderne eine attraktive Alternative bietet.

Der Institutionalismus als konkurrierendes Paradigma scheint regelrecht widerlegt. Er lehrt, daß die Welt, je stärker sie verflochten ist durch internationale Abkommen und Organisationen, aber auch durch internationale Arbeitsteilung und Auslandsinvestitionen, um so friedlicher wird. Globalisierung als Alternative zu Demokratisierung im friedenschaffenden Prozeß. Tatsächlich erleben wir, daß die Wirkmächtigkeit internationaler Organisationen wie der UNO immer geringer wird – siehe die beiden Ukraine-Abstimmungen in der Vollversammlung. Stattdessen kommt es zu immer neuen internationalen Organisationen, die eher zur Spaltung der Welt beitragen, weil ihre Mitglieder sich um China oder die USA scharen. Shanghai-Organisation versus G7 statt APEC. Auch der Versuch, mittels der Internationalen Gerichtsbarkeit in Den

Haag zu einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu kommen, hat sich als Chimäre erwiesen. Gerichtet wird immer nur über Angeklagte aus kleinen und zerfallenen Ländern vorzugsweise aus dem Süden, während die USA und China grundsätzlich ablehnen, sich einer internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Auf die Bedeutungslosigkeit der OSZE wurde bereits verwiesen. Deren Vorläufer, die KSZE, bescheidener nur Konferenz und nicht Organisation, war sogar explizit gegründet worden, um einen Krieg wie den gegen die Ukraine in Europa zu verhindern. An die Stelle von Sicherheit und Zusammenarbeit ist Krieg und Konfrontation getreten. Selbst die EU ist mit dem Brexit in die Krise geraten.

Friedenstiftend wirkt auch nicht die wirtschaftliche Globalisierung. Hier lautete das klassische Argument, daß die Kosten des Krieges, auch für den Gewinner, immer höher sind als der Nutzen. Im Gegenteil – die Globalisierung hat mittlerweile ein solches Ausmaß erreicht, daß sie selber für Konfliktstoff sorgt, weil es bei ihrem Nullsummenspiel nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt.

Deshalb ist es nicht überraschend, daß der Neorealismus im Sinne des ökonomischen Realismus und sogar der klassische Realismus wieder Konjunktur hat, die (realistische) Verantwortungsethik gegenüber der (idealistischen) Gesinnungsethik auf dem Vormarsch ist. Der Gesinnungsethiker handelt normengeleitet, Verantwortungsethiker berücksichtigen das Ergebnis des eigenen Handelns. Insofern argumentiert Habermas im Sinne der zweiten und Mason im Sinne der ersten Position.

Das friedensstiftende Instrument des Realismus ist die Abschreckung ergänzt um Militärbündnisse unter Gleichgesinnten. Insofern verfolgt er im Sinne von Frieden als Nichtkrieg ein bescheideneres Ziel als der Idealismus mit seinem positiven Frieden. Aber auch die Abschreckungstheorie muß sich fragen lassen, ob sie im Hinblick auf Putins Krieg nicht versagt hat. Die Logik der Abschreckung setzt auf beiden Seiten dieselbe Rationalität voraus, sonst kann sie nicht funktionieren, da der Kern der Abschreckung in der Zweitschlagfähigkeit besteht. Was ist aber, wenn diese Annahme nicht zutrifft? So wie ein Selbstmordattentäter sich nicht abschrecken läßt, weil er einer Märtyrer-Logik folgt, läßt sich auch ein Putin wie zuvor Hitler nicht abschrecken, weil er seiner eigenen Rationalität gehorcht bzw. weil schlecht informiert und falsch beraten wurde. Auch angedrohte oder verhängte Sanktionen verfehlen ihre Wirkung auf harte Diktatoren, führen eher zu dessen weiterer Verhärtung. Die Liste der Beispiele, angefangen von Nordkorea über Kuba und Venezuela bis zum Iran, ist lang.

Auch können Sanktionen mit Gegensanktionen beantwortet werden und eine Sanktionsspirale in Gang setzen. So wie die Rüstungsspirale zu mehr gegenseitiger Unsicherheit führt, führt die Sanktionsspirale zu wirtschaftlichen Krisen auf beiden Seiten.

Bleiben die Hegemonietheorie (Menzel 2015) als weiterhin gültige Paradigmen, da sie lehrt, daß in der Phase des hegemonialen Übergangs die Anarchie der Staatenwelt zurückkehrt. Der alte Hegemon steht vor dem Dilemma zwischen Positions- und Statusverlust. Wenn die USA weiterhin eine globale liberale Ordnung garantieren, verlieren sie aufgrund des Verdrängungswettbewerbs ihre Position als führende Wirtschaftsmacht. Reagieren sie aber protektionistisch, verlieren sie den Status als liberale Ordnungsmacht. Großbritannien mußte diese Erfahrung, weil weiterhin die Fahne des Liberalismus hochhaltend, Ende des 19. Jhs. machen. Auch der mögliche künftige Hegemon China steht vor einem Dilemma – nämlich dem des Freeriders. Wenn er sich weiterhin als Freerider der liberalen internationalen Ordnung verhält, diese aber nicht mehr garantiert ist, wird sein weiterer Aufstieg gebremst, weil er deren Nutzen verliert. Wenn er aber als deren Hauptnutznießer selber globale Ordnungsmacht werden will, muß er die Rolle des Freeriders aufgeben und selber für die Kosten aufkommen. Dazu ist China derzeit aber noch nicht in der Lage. Deshalb changiert er abwartend zwischen den Alternativen. Die 2013 von Xi gestartete Neue Seidenstraßen-Initiative ist eine Zwischenlösung, um aus dem Dilemma herauszukommen. Man offeriert keine internationalen öffentlichen Güter, an denen alle partizipieren, sondern Clubgüter für die Mitglieder im Club der neuen Seidenstraße. Sie sind auch nicht kostenlos wie die internationalen öffentlichen Güter, sondern durch die Beiträge der Mitglieder finanziert. Rußland gehört definitiv als chinesischer Juniorpartner diesem Club an, wurde sogar durch die Sanktionen des Westens zur Mitgliedschaft gezwungen. Hier findet sich eine Erklärung, warum es faktisch von China unterstützt wird, wie in der gemeinsamen Erklärung von Xi und Putin am 4.2.2022 in Peking zum Ausdruck kam.

Damit sind wir bei der IPÖ. Das neoliberale Paradigma, das in der ganz radikalen Variante auf den Staat als wirtschaftliche Ordnungsinstanz verzichten will, weil der Markt alles regelt, ist seit etlichen Jahren angesichts der skizzierten Auswüchse und Kipppunkte als gefesselte Globalisierung (Menzel 2022) in die Defensive geraten. Damit die Politik sich an einem Paradigma in ihrem Handeln orientiert, muß es hegemonial in der ordnungspolitischen Debatte sein. Seit der Jahrtausendwende gibt es eine große Zahl von globalisierungskritischen Beiträgen, die wachsenden Einfluß auf

die Politik gewinnen. Der Neoliberalismus als herrschende Lehrmeinung ist faktisch tot. Auch in der Labor Party gab es Brexit-Befürworter, weil sie einen Zusammenhang zwischen EU-Binnenmarkt und dem Niedergang der alten Industrieregionen in den Midlands und im Nordosten Englands gesehen haben - einstmals die Hochburgen ihrer Wählerschaft, die für den Brexit gestimmt hat.

Stattdessen erleben wir eine Renaissance des Keynesianismus, der unter dem Begriff „Post-Keynesianismus“ (King 2022) alle Chancen hat, das konkurrierende Pendant zum Neoliberalismus zu werden. Insbesondere die globale Finanzkrise und jetzt die Energiekrise haben einem Denken und Handeln Auftrieb gegeben, das wieder verstärkt auf die intervenierende Rolle des Staates setzt. Insofern ist nicht nur der politische Idealismus, sondern auch der wirtschaftliche Liberalismus auf dem Rückzug, während der politische Realismus und sein Pendant, der wirtschaftliche Revisionismus im Sinne von Protektionismus besonders in den systemkritischen Bereichen auf dem Vormarsch sind.

### **Die gegenwärtige paradoxe Konstellation**

Seit einigen Jahren sind wir Zeuge einer paradoxen Konstellation, die durch den Sturm der Trump-Anhänger auf das Kapitol wie durch Putins Krieg Kulminationspunkte erreicht hat. In den liberalen und scheinbar demokratisch so gefestigten Ländern kommt es zu autoritären Tendenzen und formieren sich immer neue populistische Parteien, Organisationen und Bewegungen. Da das radikale Mehrheitswahlrecht in den USA und Großbritannien die Etablierung den Einzug neuer Parteien ins Parlament erschwert, haben die Populisten die Republikanische Partei von innen gekapert und finden unter britischen Konservativen Zulauf. Bolsonaro ist der brasilianische Trump. Die Wahlen in Italien, wo eine postfaschistische Partei die Ministerpräsidentin stellt, oder in Schweden, wo die Sozialdemokratie abgewählt wurde, sprechen für sich. Die Beispiele, auch in Deutschland, Ungarn oder Israel, lassen sich beliebig fortsetzen.

Umgekehrt erleben wir in autoritär oder diktatorisch regierten Ländern eine Welle des Protests. So gesehen war der Arabische Frühling, auch wenn er im Herbst endete, nur der Vorbote. Die Proteste im Iran, machen deutlich, daß es auch in der schiitischen Welt wachsende Unzufriedenheit gibt, die sich am Kopftuch nur entzündet hat. Auch die zaghaften Proteste in China, durch die rigide Corona-Politik ausgelöst,

sitzen tiefer und richten sich gegen die Kommunistische Partei insgesamt nicht nur in den Gebieten der nationalen Minderheiten wie in Tibet und Sinkiang. Sie werden getragen von einer urbanen Mittelschicht, die eigentlich in China zu den Gewinnern der Globalisierung gehört. Selbst in Rußland brodelt es unter der Decke der staatlichen Zensur und Propaganda – siehe die vielen Männer, die sich durch Flucht der Einberufung entzogen haben, die Anschläge auf Musterungsbüros und der stumme Protest der Soldatenmütter.

Insofern wird das Stadium des hegemonialen Übergangs von einer innenpolitischen Gemengelage der beiden Hauptakteure begleitet. Auch wenn die Biden-Regierung im Vergleich zu Trump einen moderaten Kurs fährt und den Schulterschluß mit Europa sucht, so sieht sie sich doch dem gleichen Dilemma wie ihre Vorgängerregierung ausgesetzt und muß ebenfalls Druck auf die westlichen Partner im Sinne der Lastenteilung ausüben bzw. die eigene Wirtschaft vor der europäischen Konkurrenz schützen. Zugleich ist sie durch die Patt-Situation im Kongress in ihrer Handlungsfähigkeit nach außen eingeschränkt und muß auch im Hinblick auf die weitere Unterstützung der Ukraine Kompromisse an die Republikaner machen.

Umgekehrt ist die Position von Xi Jinping keineswegs so gefestigt, wie es auf dem letzten Parteitag den Anschein hatte (Xia 2022). Wegen der harten Lockdowns dürfte er hinter den Kulissen in der Parteiführung unter Druck stehen. Die Orthodoxen, zu denen Xi zählt, wollen im Zweifelsfalle alles, was der Staatsmacht zur Verfügung steht, aufbieten, um die Proteste zu unterdrücken, befürchten sie doch bei einem Nachgeben in der Corona-Frage, daß sich daraus ein Flächenbrand entwickeln kann, der das Machtmonopol der Partei in Frage stellt. Die Reformer haben das gleiche Ziel, wollen aber durch kleine Zugeständnisse Druck aus dem Kessel nehmen, um so die Herrschaft der Partei zu stabilisieren. Außenpolitisch und außenwirtschaftlich heißt das, entweder einen harten Kurs in der De facto-Unterstützung von Putin zu fahren und westliche Forderungen nach wirtschaftlicher Öffnung des Landes abzulehnen, oder konzessionsbereit zu sein, weil China der größte Gewinner der Globalisierung ist und viel zu verlieren hat – auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, wenn es zur Wirtschaftskrise kommt. Der künftige Kurs an beiden Fronten wird Aufschluß darüber geben, welche Fraktion im Ständigen Ausschuß des Politbüros sich durchsetzt. Ob es auch im inneren Zirkel um Putin, je länger der Krieg dauert und je stärker die Sanktionen wirken, zu einer solchen Fraktionierung kommt, muß vorerst spekulativ bleiben. Für die Welt insgesamt wäre es fatal, wenn Trump, der den

Westen geschwächt hat, weil er die USA auf Kosten des übrigen Westens wieder groß machen wollte, oder ein neuer Trumpf der nächste Präsident der USA würde und wenn Xi sich mit seinem kompromißlosen Kurs durchsetzt.

## **Fazit**

Wir befinden uns in einer Übergangsphase, bei der nicht ausgemacht ist, ob sich die USA behaupten oder China in vielleicht 25 Jahren deren Rolle übernimmt. Wir haben uns also auf eine lange Zeit der Unsicherheit einzustellen. Die derzeitige „Weltordnung“ wird aber, auch wenn Masala vom Gegenteil überzeugt ist, kein Dauerzustand. Sollte China obsiegen, würde das zu einem normativen Bruch führen anders als im Falle des hegemonialen Übergangs von Großbritannien auf die USA. Auch damals war vom Beginn des 1. Bis zum Ende des 2. Weltkriegs die Anarchie der Staatenwelt zurückgekehrt. Da wir einen Vormarsch der autoritären Systeme auf der Welt erleben, stehen wir in der Übergangsphase am Beginn eines Ost-West-Konflikts 2.0, in dem sich der alte Orient mit China und der alte Okzident mit den USA als Führungsmächte gegenüberstehen. Deshalb muß Europa die USA unterstützen und darf sich nicht als dritter Pol in der Welt, gar als eine Art „Blockfreier“ verstehen, da es sich um einen Konflikt zwischen einer autoritären und einer liberalen Weltordnung handelt. Der Westen sollte allerdings Abschied nehmen von seinem Missionarismus, das westliche Modell in autoritär geführten Ländern mit Anreizen, Druck oder gar Gewalt durchzusetzen. Stattdessen sollte er sich auf die Behauptung der liberalen Ordnung daheim beschränken, die innenpolitisch unter Druck steht. Jedes neue Mitglied im liberalen Club ist willkommen, es muß aber freiwillig kommen.

Deshalb wird auch der fast vergessene amerikanische Nuklearschirm wieder wichtig, ganz zu schweigen vom Schutz vor den neuen biologischen Risiken und den Risiken des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in den neuen Roboterwaffen, die, unkontrolliert, die Welt vernichten können (Macascill 2022). Bleibt die allergrößte Herausforderung durch den Klimawandel, der schon gar nicht, wie die vielen Fehlschläge der Weltkonferenzen belegen, auf der Ebene globaler Kooperation zu stoppen ist, weil der mittlerweile größte Klimasünder China sich nicht in seinem weiteren Aufstieg beschränken lassen und viele in dem zweitgrößten Klimasünder USA nicht von ihrem ressourcenverschwenderischen Lebensstil ablassen wollen.

Deshalb bleibt angesichts der Dramatik des Klimawandels auch hier nur die Kooperation der Willigen. Angesichts des im Westen erreichten Wohlstands stellt sich zudem die grundsätzliche Frage, ob der Einsatz von Wissenschaft und Technik zur Entschärfung des Klimawandels ausreicht, zumal die Dekarbonisierung des Energiesektors den exponentiell wachsenden Verbrauch neuer Rohstoffe wie Lithium oder Kobalt verlangt, die zu neuen wohlhabenden Ländern nach dem Muster der Ölstaaten, aber auch zu neuen Abhängigkeiten führen. Notwendig ist demnach ein grundsätzliches Umdenken, das weiteres Wachstum kritisch hinterfragt und darauf abzielt, wie sich ein Degrowth (Hickel 2021) sozialverträglich realisieren lässt im Sinne eines Slow and ethical living (Parkins/Craig 2006).

## **Literatur**

Haas, Richard (2022): The Dangerous Dekade: A Foreign Policy for a World in Crisis. In: Foreign Affairs 2022; 101(5): S. 25-38.

Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V. Frankfurt.

Habermas, Jürgen (2022): Krieg und Empörung. In: Süddeutsche Zeitung vom 28.4.2022.

Hickel, Jason (2021): Less Is More: How Degrowth Will Save the World. London.

King, John E. (2022): Post-Keynesianismus. Eine Einführung. Wien.

Macaskil, William (2022): The Beginning of History: Surviving the Era of Catastrophic Risk. In: Foreign Affairs 2022; 101(5).

Masala, Carlo (2022): Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens. München.

Mason, Paul (2022): Wenn wir keine Untoten werden wollen. In: Frankfurter Rundschau vom 21./22.5.2022.

Menzel, Ulrich (2004): Paradoxien der neuen Weltordnung. Frankfurt.

Menzel, Ulrich (2015): Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt. Berlin.

Menzel, Ulrich (2022): Corona und die gefesselte Globalisierung. In: Berliner Journal für Soziologie 2022; 32(3): S. 363-392.

Neumann, Peter R. (2022): Die neue Weltunordnung. Wie sich der Westen selbst zerstört. Berlin.

Parkins, Wendy/Craig, Geoffrey (2006): Slow Living. Oxford.

Putin, Wladimir (2021): On the Historical Unity of Russians and Ukrainians. Unter: [en.kremlin.ru/events/president/news/66181](https://en.kremlin.ru/events/president/news/66181)

Rudolf, Peter (202): Welt im Alarmzustand. Die Wiederkehr nuklearer Abschreckung. Bonn.

Xia, Cai (2022): The Weakness of Xi Jinping: How Hubris and Paranoia Threaten China's Future. In: Foreign Affairs 2022; 101(5)